

**II-2715 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister im
Bundeskanzleramt

Dr. Heinrich NEISSER

A-1014 Wien, Minoritenplatz 3
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.270/20-I/6/87

21. Dezember 1987

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

1118/AB

1987 -12- 22

zu 1182/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Smolle, Wabl und Genossen haben am 5. November 1987 unter der Nr. 1182/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend das Auftrittsverbot für slowenische Vereine und Gruppen in der Neuen Burg der Stadtgemeinde Völkermarkt gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie in Ausübung des Aufsichtsrechtes gemäß Art. 119 a B-VG gegen Beschlüsse des Stadtrates der Stadtgemeinde Völkermarkt, mit denen ein Auftrittsverbot für slowenische Gruppen in der Neuen Burg verhängt wird, einschreiten?
2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um einer derartigen diskriminierenden Behandlung der slowenischen Volksgruppe entgegenzuwirken?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die vorliegende parlamentarische Anfrage bezieht sich auf eine Reihe privatrechtlicher Verfügungen der Stadtgemeinde Völkermarkt über vermögenswerte Privatrechte dieser Gemeinde. Über Akte der Privatwirtschaftsverwaltung einer

- 2 -

Gemeinde besteht nun zwar ein Aufsichtsrecht, doch steht dieses, da es sich insoweit um keine "Angelegenheiten aus dem Bereich der Bundesvollziehung" (Art. 119a Abs. 3 B-VG) handelt, dem Bund nicht zu. Der Bund besitzt daher keine Handhabe, "in Ausübung des Aufsichtsrechtes gemäß Art. 119a B-VG", wie dies die Anfrage formuliert, einzuschreiten. Darüber hinaus besteht für mich aber auch keine andere rechtliche Möglichkeit - wobei dahingestellt bleiben soll, ob hiefür bundesintern überhaupt der Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform zuständig wäre - , den geschilderten Vorfällen entgegenzutreten.

